

Hier und Heute
[30.04.2007]

Abendschul-Einsparungen fließen in den Tagesunterricht -
Schulkampf in Dörfern vermeiden

In den DG-Sekundarschulen kündigt sich Tauwetter an

Von Jürgen Heck

Obwohl es keinen eigentlichen Zusammenhang zum viel diskutierten Klimawandel gibt, kündigt sich auch für die Sekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach jahrelanger Eiszeit Tauwetter an.

Seit dem Schuljahr 2002-2003 ist das so genannte Stundenkapital in den weiterführenden Schulen zwischen Kelmis und St.Vith eingefroren. Das heißt, dass die Sekundarschulen (eigentlich) derzeit mit dem gleichen Personalbestand wie vor vier Jahren auskommen müssen. Die Einschränkung »eigentlich« steht für die Tatsache, dass Unterrichtsminister Oliver Paasch (PJU-PDB) seit seinem Amtsantritt 2004 versucht hat, durch den gezielten Einsatz von arbeitsbeschaffenden Maßnahmen (Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer/BVA) Härtefälle bereits abgefedert hat. Grund für das Einfrieren waren »natürlich« finanzielle Erwägungen, da die explosionsartige Entwicklung der Schülerzahlen und der damit verbundene Anstieg der Personalkosten im Unterrichtswesen drohte, das Gemeinschaftsbudget zu sprengen.



Den Sekundarschulen in der DG, hier ein Archivbild aus der Bischöflichen Schule in St.Vith, wird ab dem kommenden Schuljahr ein größeres Stundenkapital eingeräumt.

Gerechtigkeit und Schutz der Kleinen

Das derzeit zur Behandlung im Parlament der DG zur Behandlung vorliegende Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen, das so genannte Sammeldekret, sieht nicht nur eine Erhöhung des Stundenkapitals, sondern vor allem eine gerechtere Verteilung zwischen den Schulen vor. In den vergangenen vier Jahren hat sich die Aufteilung der Schulpopulation nämlich deutlich in zwei Richtungen hin verschoben: hin zum technischen Unterricht und hin zu den »freien« Schulen.

Die neue Verteilung des Stundenkapitals verfolgt dabei zwei Ziele gleichermaßen: mehr Gerechtigkeit, aber auch durch den Einbau von Sicherheitsmechanismen den Schutz kleinerer Schulen vor Existenznöten. Insgesamt werden den Sekundarschulen 541 Stunden mehr zur Verfügung stehen als im Einfrierungsdekret aus dem Jahre 2003, was ungefähr 26 Vollzeitstellen entspricht. Dazu gehört auch die Umwandlung von BVA-Stellen in mit mehr Rechtssicherheit verbundene organische Stellen. Damit nähert sich das Stundenkapital ganz erheblich jener Zahl, die es bei einem umfassenden Tauwetter erreichen würde.

Darüber hinaus will Paasch den Schulträgern, also nicht den Schulen direkt - wohl aber in Funktion der Schülerzahlen, einen Pool von 100 BVA-Stunden zur Verfügung stellen, um kurzfristig auftretenden Problemen Herr zu werden.

Die Finanzierung soll einerseits durch eine Erhöhung der Mittel für das Unterrichtswesen und andererseits durch eine Umschichtung innerhalb des Unterrichtswesens geschehen. Wichtigste Umschichtung ist dabei die Reform der Abendschulen, wo Paasch im »eigenen« Netz, also im Gemeinschaftsunterrichtswesen, eine 13-prozentige Kürzung vornimmt. Unangetastet bleibt aber beispielsweise die Haushaltsabendschule der Stadt Eupen.

Keine Abendschule mehr in Bütgenbach

Erreicht wird das Sparziel von 200000 Euro durch verschiedene Maßnahmen. Zum einen werden die Institute für schulische Weiterbildung, wie Abendschulen offiziell heißen, direkt Sekundarschulen angegliedert, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Im Fahrwasser dieser Maßnahme entschied sich der Unterrichtsminister zur schmerzlichen Schließung der Zweigstelle Bütgenbach.

Zweiter Teil der Abendschulreform ist die Straffung des Angebots, bei der die Kurse für Nähen und Kochen auf der Strecke blieben, nicht aber - wie auch in den Leserbriefspalten vermutet - die Sprachkurse. Außerdem wird es in St.Vith keinen Buchführungskurs mehr geben, da das ZAWM ein vergleichbares Angebot bietet. Schließlich wurden die Einschreibengebühren deutlich erhöht, wobei Paasch großen Wert auf die Bemerkung legt, dass Empfänger von Ersatzeinkünften demnächst im Gegenzug 30 Prozent weniger als bisher zahlen müssen. Für Minderjährige ist die Teilnahme sogar kostenlos.

Hinter dem theoretisch anmutenden Begriff »Prinzip der nächstgelegenen Grundschule« verbirgt sich die Absicht der Regierung, vor dem sich abzeichnenden Kampf kleiner Dorfschulen mit den Aufrechterhaltungsnormen zu verhindern, dass es zu einem Kampf um Schulkinder kommt. Auch diese Thematik wird im Sammeldekret aufgegriffen. Mit den neun Schulschöffen, die mit dem Minister vereinbart haben, einen konkreten Alternativvorschlag zur Abwicklung einer solchen Regelung vorzulegen, ist Paasch einer Meinung, dass ein solcher Kampf auf jeden Fall vermieden werden muss, da er nur zu Lasten der Schulen und der Kinder gehen kann.